



Beschlussvorlage

Amt: Finanzsteuerung
Vorl.Nr.: V/2012/2925
Datum: 31.10.2012

TOP: 1.4
Anlage Nr.: 4

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	19.11.2012	öffentlich
Rat	26.11.2012	öffentlich

Tagesordnung

Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt 2013, Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger

Beschlussvorschlag

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss des Rates der Stadt Hennef beschließt, der Rat der Stadt Hennef möge beschließen:

Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Begründung

Vorbemerkung zu den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger:

Im Zuge der Erstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2013 konnten die Bürgerinnen und Bürger per Online-Formular ohne große formelle Hürden direkt eigene Vorschläge abgeben.

Abgeben konnte man Spar- oder Ausgabevorschläge, bei Ausgabevorschlägen musste man jedoch einen Sparvorschlag zur Gegenfinanzierung machen. Das Eingabeformular war bewusst übersichtlich, vor allem wurde man nicht gezwungen, konkrete Beträge zu nennen. Jeder eingegangene Vorschlag erhielt zunächst eine automatisch generierte Eingangsbestätigung und nach Durchsicht aller Eingänge jeweils eine individuelle Mitteilung, dass die Vorschläge im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss des Rates der Stadt Hennef am 19.11.2011 beraten werden. Eine weitere Information nach Ende der Beratungen / Beschlussfassung wurde angekündigt und ist vorgesehen.

Diese neue Möglichkeit, Vorschläge für den Haushalt abzugeben, tritt neben altbekannte, denn

natürlich ist immer schon möglich, Ideen für den Haushalt auf den Weg zu bringen, sei es über eine Mitarbeit in Parteien, als Sachkundiger Bürger in den Ausschüssen oder den klassischen Bürgerantrag. Diese neue Möglichkeit in Hennef zu schaffen, geht zurück auf einen entsprechenden einstimmigen Beschluss des Stadtrates vom 14. Februar 2011. Dort war beschlossen worden, den städtischen Gremien Modelle vorzustellen, wie eine künftige direkte Bürgerbeteiligung beim Haushalt aussehen könnte. Nach ausführlichen internen Prüfungen der personellen und finanziellen Machbarkeit und aufgrund der Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen kristallisierte sich heraus, dass die nun gefundene Variante in Bezug auf Kosten, Nutzen und Praktikabilität die für Hennef am ehesten realisierbare Möglichkeit darstellt.

Nachfolgend sind die einzelnen Vorschläge und die jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung abgedruckt.

Die im Internet eingegebenen Texte der Bürgerinnen und Bürger wurden unverändert übernommen.

Hennef (Sieg), den 31.10.2012


Klaus Pipke
Bürgermeister

Anlagen

Siehe nachfolgende Tabellendarstellung.

Lfd. Nr.	Vorschlag	Antwort
1	Sparvorschlag: Laut Pressemitteilungen soll die vorhandene Treppe vom Bahnhofsvorplatz zur Unterführung erneuert werden. Dies soll in grosszügiger, breiter Weise erfolgen, was wohl in einer Grössenordnung von geplanten 190.000,00 € liegen soll. Einsparung: nur eine gute Reparatur der vorhandenen Treppe. Dies kann gespart werden, statt dessen nur eine Reparatur. Begründung: Die vorhandene Treppe reicht von der Breite und sonstigen Grösse erfahrungsgemäss vollkommen aus. Für Behinderte und Reisende mit Koffer ist die Rampe zum Busbahnhof vorhanden, die auch viel genutzt wird. Ausgabevorschlag: öffentliche Toilette am Bahnhof oder in Verbindung mit einem Kiosk in den leerstehenden ehemaligen Räumen der Pizzeria. Diese Toilette kann dann von den Reisenden, Busfahrern und Bus-Fahrgästen sowie den sonstigen Besuchern von Hennef gemeinsam genutzt werden. Begründung: In jeder Stadt (besonders im Ausland) sind, teilweise sogar kostenlose, Toiletten vorhanden. In Hennef ist der Reisende auf die Toiletten in den am Bahnhof befindlichen Gaststätten angewiesen.	Die Gestaltung des Kioskplatzes sowie die Aufweitung der Treppenanlage ist insbesondere aus städtebaulicher Sicht als auch zur Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Zugangssituation zur Bahnunterführung erforderlich. Gleichzeitig muss auch die Sanierung eines städtischen Pumpwerkes erfolgen. Die entsprechenden Beschlüsse wurden in den Fachausschüssen gefasst. Eine öffentliche Toilette ist an der östlichen Seite des Busbahnhofs vorhanden. Diese wurde im Zusammenhang mit dem Neubau des Busbahnhofs errichtet.
2	Sparvorschlag: Beleuchtung Weg Sportplatz Söven zu den Umkleiden. Begründung: Die Beleuchtung ist nicht nötig, da ab 21h in der Regel kein Betrieb. Eine Zeitschaltuhr für den Winter reicht völlig.	Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.
3	Ausgabevorschlag: Es gibt in Deutschland und NRW bereits einige Gemeinden mit Solargenossenschaften, d.h. Bürger investieren in eine Kommunen-gelenkte Genossenschaft. Begründung: Ich frage mich immer, warum Hennef so etwas nicht schafft. Die Nachfrage wäre sicherlich vorhanden bei einigermaßen interessanter Rendite, verbunden mit Energiewende und Klimaschutz. Auch wenn die Solarförderung bereits gesunken ist... Sparvorschlag: Das Sparpotential wäre in dem Sinne die Bürgerbeteiligung, d.h. die Stadt selber muss nicht investieren in ein Projekt, dass alle angeht. (bin kein Grüner wie man meinen könnte -habe CDU gewählt)	Die Stadt Hennef ist Mitglied in der neugegründeten interkommunalen BürgerEnergie Rhein-Sieg eG. Diese Genossenschaft investiert insbesondere in Solaranlagen auf öffentlichen und privaten Gebäuden. Derzeit werden drei größere Objekte der Stadt Hennef hinsichtlich der energetischen und wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten geprüft. Die Hennefer Bürger haben die Möglichkeit sich an dieser Genossenschaft zu beteiligen. Eine intensive Werbung und Vermarktung erfolgt in Hennef sobald die Projekte positiv umgesetzt werden.
4	Ausgabevorschlag: Den Beitrag zur Kindertagespflege wieder auf den Stand von vor dem 01.08.2012 zu bringen. Begründung: In unserer Familie ist der Betrag von 140 € auf 190 € gestiegen. Die Stadt holt sich das Geld doch wieder bei den Leuten die sich nicht wehren können und die es eigentlich am nötigsten haben. Sparvorschlag: In der Zeit zwischen 01:00 Uhr und 05:00 Uhr nur jede zweite Straßenlaterne brennen zu lassen oder, wie in anderen Städten in Deutschland schon üblich, ganz aus zu machen.	Mit der ab dem 01.08.2012 gültigen Beitragssatzung wurden die Beitragsstufen verändert um eine größere Gerechtigkeit zu erhalten. Durch die Einführung der Stufen in fünftausender Schritten wurde eine Anpassung der Beiträge notwendig. Durch die Erhöhung der Förderpauschalen und der Einführung der neuen Stufen mussten die Elternbeiträge angepasst werden. Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.

5	Sparvorschlag: Senkung des Portos und des Arbeitsaufwandes für die Verwaltung die die kindergartenbeiträge an die Familien senden. Begründung: Wir haben die letzten Tage unseren Beitragsbescheid über die Zuzahlung zum Kindergarten erhalten. Dieser war nicht korrekt, da wir die Betreuungszeit geändert haben. Nach einem kurzen Telefonat erklärte man uns das alle den alten Bescheid erhalten und das dann die korrigierten Bescheide erst bearbeitet werden und dann verschickt werden. Ich möchte nicht wissen wieviele Familien so erneut Post von der Stadt erhalten. Somit wird evt. Das doppelte Porto und Arbeitszeit aufgewendet.	Für den Besuch von Kindertageseinrichtungen sind entsprechend der wirtschaftlichen Leitungsfähigkeit der Eltern Beiträge zu den Betriebskosten zu entrichten. Über die Höhe erhalten die Eltern einen Bescheid. Das Kind des Antragstellers besucht ab dem 01.08.2011 einen Kindergarten und hat somit am 30.11.2011 den Bescheid über die Höhe des Elternbeitrages erhalten. Durch die Satzungsänderung zum 01.08.2012 war es notwendig, einen neuen Bescheid mit dem aktuellen Beitrag ab dem 01.08.2012 zu versenden. Dies erfolgte mit Bescheid vom 03.05.2012. Durch die Änderung des Betreuungsumfanges des Kindes zum 01.08.2012 wurde es erforderlich hier einen Neuen Beitragsbescheid zu zustellen. Die Information über die Änderung des Betreuungsumfanges erfolgte. Jedoch erst nach dem Versand des Bescheides vom 03.05.2012. Eine andere Bearbeitung des Elternbeitrages war nicht möglich.
6	Ausgabevorschlag: Betrifft Hundekot Begründung: Auf Wegrändern in Ortsnähe, auch im ländlichen Gebiet, häufen sich die Haufen. Nach der Schneeschmelze oder bei Sommerhitze stinkt es zum Himmel ;) Mit speziellen Kotbeutel lassen die sich gut aufheben - doch wohin damit? Abfalleimer mit einer nach oben verengten Öffnung stark frequentierten Wegen und Kreuzungen wären eine Lösung. Vielleicht sogar mit einem Kotbeutel-Spender. Sicher keine allzu große Belastung der Stadtkasse. Vielleicht ist es sogar günstiger, die Mülleimer regelmäßig zu leeren, als die Wegränder zu beharken. Oder wie wäre es mit Strafzetteln für Hundebesitzer, die einfach weitergehen?	So wie in der Begründung des Vorschlags wird auch vorgegangen. Beim Bekanntwerden von stärkeren Verunreinigungen werden an den Stellen Beutelspender aufgestellt. Im vorliegenden Fall ist keine Örtlichkeit angegeben - flächendeckend werden die Beutelspender nicht aufgestellt.
7	Einnahmeverbesserung durch Erhöhung der Parkgebühren auf städtischen Parkflächen im Innenstadtbereich: Variante 1 -lineare Anhebung: 20 min. 0,20 € 40 min. 0,40 € 1 h 0,60 € 2 h 1,20 € 3 h 1,80 € Variante 2 -Einführung einer freien Zeit für Kurzparker (sog. Brötchentaste) und nichtlinearer Anhebung (Verteuerung der 1. Stunde) 15 min. frei (Brötchentaste) 30 min. 0,50 € 1h 1,00 € 2h 1,50 € 3h 2,00 € Begründung: Die Stadt Hennef weist trotz ihrer günstigen Lage und dem ansprechenden Angebot eine im Vergleich zu anderen Städten eher moderate Parkraumbewirtschaftung auf. Um die Einnahmen zu steigern und somit den städt. Haushalt insgesamt zu entlasten werden die beiden o. g. Varianten vorgeschlagen. Beide Modelle führen zu leichten Mehrbelastungen, haben jedoch auch Vorteile für die Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Die Var. 1 führt zu einer geringen „Verteuerung“ der Parkstunde um 0,10 €. Die Var. 2 verlangt für die erste Stunde einen erheblich höheren Tarif (1 €), für jede weitere Stunde bis zur Höchstparkdauer werden jedoch lediglich 0,50 € fällig. Mit der „Brötchentaste“, die es erlaubt 15 min. ohne Gebühr zu parken, wird die höhere Belastung für Kurzparker und auch mit Blick auf den Einzelhandel entschärft. Der dauerhaften Einnahmeerhöhung stehen lediglich einmalige Umrüstkosten gegenüber.	Zum 01.07.2012 wurde eine neue Parkgebührenordnung eingeführt. Kurzzeitparker können für 0,10 € einen Parkschein für 15 min lösen. Darüber hinaus ist ein Parken bis zu maximal 3 Stunden in 1/2-Stunden-Schritten zu je 0,50 € möglich.

8	Ausgabevorschlag: Bürgersteig an der Lise-Meitner Straße 30er Zone in der Lise Meitner Straße. Begründung: Die Häuser in der Lise Meitner Straße sind zu 90% fertiggestellt. Das Baugebiet ebenso. Im Gesamtbild stört es, dass zu Beginn des Baugebietes die Bürgersteige noch nicht gemacht sind. Ebenso ist es wünschenswert, insbesondere auf Grund der Schulen und Kindergärten, die Lise Meitner Straße in eine Verkehrsberuhigte Zone umzuwandeln.	Die Lise-Meitner-Straße ist eine Hauptverkehrsstraße, die eine Sammel- und Verbindungsfunktion zwischen den Wohnplätzen, dem S-Bahnhof und der A560 / B8 hat. Die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone scheidet daher aus. Der Gehweg wird nach vollständiger Fertigstellung der Wohnbebauung eingerichtet.
9	Ausgabevorschlag: Bau einer Skateranlage für die Jugendlichen der Gemeinde Hennef Ost: Solche einfachen Anlagen gibt es für an die 33.000 € ; sofern man das ausschreibt, vermutlich sogar günstiger. benötigt würde dafür ein freier Platz mit den Ausmaßen 23 x 10 Meter für die Anlage selber und ein wenig für drumrum, also Bänke etc. Begründung: Es gibt für die Jugendlichen ab 12 Jahre aufwärts so gut wie keinen Ort, wo sie sich mit den nun mal im Trend liegenden freizeitaktivitäten Skate oder Roller fahren austoben können. Die Anlage am Bahr ist Schrott und ausserdem verkehrstechnisch gefährlich, da bei einem Abkommen von der Bahn die Fahrer direkt in den Verkehr zu der Schule und den Sportstätten geraten können. Ausserdem ist es für die Jugendlichen aus Hennef Ost kaum selbstständig erreichbar, da die BMX Räder generell als nicht verkehrstauglich gelten und nur dort hin geschoben werden dürften. Der gesamte Bereich Hennef Ost hat keinen Platz für Kinder ab 12 Jahre aufwärts zum Treffen, Spielen, Toben! Dafür aber jede Menge neuer Bauplätze, an denen die Stadt viel Geld verdient. Einsparvorschlag: Abschalten der überflüssigen Bahnstabsbeleuchtung. Die mag zwar der ein oder andere schön finden, brint aber als solches absolut nichts. Ausrichtung eines Sponsorenfestes: viele Eltern würden was dabeitun, wenn es was für ihre Kinder gäbe. Die Gemeidne finanziert derzeit jede Menge Dinge für Senoioren, da wäre es mal an der Zeit, für jeden Sebnioerenplatz, der hier bei den Alötersheimen eingerichtet wird, eine Jugendabgabe zu schaffen: ich weiss sehr wohl, dass jeder Seniorenplatz sehr viel Geld in die Stadt trägt (Ärzte, Apotheker, der allgemeine Handel etc); da könnte man im Umkehr schluss davon eine Abgabe für die Jugend einrichten, denn immerhin bezahlen die dann die Beiträge für die Senioren. Zusätzlich könnte man bei den Verkäufen der grundstücke einen entsprechenden Beitrag berechnen, denn wer in Hennef -speziell in Hennef Ost ein Grundstück kauft, der hat Kinder! Und eben auch ein entsprechendes Interesse, diese auch wenn sie älter sind draussen beschäftigt zu wissen. Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung! Ich mache selber beruflich Ausschreibungen und kann auch dort Hilfestellung leisten.	Die Skaterbahn auf der Rückseite des Schulzentrums wurde mit intensiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Benutzern gestaltet. Dies betrifft auch die vor 3 Jahren umgesetzte Erweiterung, ebenfalls mit den Kindern und Jugendlichen. Für die gedachte Nutzung ist diese Skaterbahn ausreichend; sicherlich können nicht alle Ansprüche, insbesondere die von „Profis“ berücksichtigt werden. Eine öffentlich zugängliche Skateranlage kann daher immer nur ein Kompromiss sein. Die vielen positiven Resonanzen bestätigen das. Die Skateranlage ist nicht für BMX-Räder gedacht. Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.
10	Sparvorschlag: Laternen in den Dörfern von Mitternacht bis 5.00 Uhr morgens abschalten. Begründung: Die meisten Bewohner schlafen und die Häuser haben fast alle Bewegungsmelder.	Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.
11	Sparvorschlag: Einsparung von Strassenlampen in der Bodenstraße. Begründung: Die noch nicht fertig mit Lampen versehene Bodenstraße wird auf Grund der vielen Lampenmasten hier bereits als „Europa-Allee“ bezeichnet. Wir selbst wohnen in der Brüder-Grimm-Straße, die ich unten unter Straße nicht eingeben kann. Anwohner der Bodenstraße würden sich sicher auf mehr Behaglichkeit in den Gärten freuen, wenn nur halb so viele diagonal angeordnete Lampen im Dunkeln die Straße beleuchten würden.	Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.

12	Einnahmenvorschlag: Einnahme Haushaltsstelle: Parkgebühren der Lehr- und Verwaltungskräfte in den städt. Schulen Parkgebühren für die Nutzung des Parkhauses im Rathaus durch die Bediensteten der Stadt Hennef Begründung: Da es an und keine Rechtsgrundlage für die kostenlose Nutzung der Parkplätze in den Schulen durch die Landesbediensteten aber auch nicht für die Bediensteten im Rathaus gibt, sollte für die Nutzung eine monatliche Pauschale in Höhe der Entgelte für die Nutzung der sonstigen Parkplätze bzw. Parkhäuser erhoben werden. Alle Bürger sind gleich.	Die Parkplätze an den Schulen sind die nach Bauordnungsrecht nachzuweisenden Stellplätze. Diese sind keine öffentlichen Parkplätze im engeren Sinn, sondern zu den Gebäuden gehörende Stellplätze. Eine Gebührenerhebung würde zu einer Verdrängung der Parker in die Wohnstraßen führen. Die Bediensteten des Rathauses müssen bereits Parkgebühren zahlen. Nur Mitarbeiter, die ihr Privatfahrzeug als Dienstfahrzeug nutzen, erhalten einen Sonderparkausweis, der aber vom Fachamt zu finanzieren ist.
13	Ausgabevorschlag: Spielplatz in Hennef Ost: Dieser könnte auf dem Grünstreifen zwischen der Zufahrt zur Gesamtschule und der Vollkornbäckerei erfolgen: die dortige Wiese wird bereits jetzt viel von Familien als Hundewiese genutzt. Wenn man das Areal dreiteilt in Hundewiese/Hundeplatz, Spielplatz mit Schaukel und Sandkasten für die Jüngeren und Platz mit Skatebahn und kleinem Fußball-Basketballfeld für die Älteren aufteilt hätte man alle unter einen Hut und einsehbar ist das Gelände auch. Und eigentlich muss die Gemeinde doch für die ganzen Neubaugebiete in der Nachbarschaft eh einen Spielplatz anlegen, dann denken Sie doch bitte auch endlich mal an die Kinder, die älter als 12 Jahre sind und sich trotzdem gerne draussen aufhalten. Begründung: Für Hennef Ost fehlt ein Spielplatz für über 12-Jährige mit der Möglichkeit zum Skateboard- oder BMX-Fahren, sich zu treffen oder einfach auch mal abzuhängen. Einsparvorschlag: Anstelle geplanter Kunstwerke: diese mögen zwar gefallen wie der umfallende Stuhl am Warther Kreisel oder die Schuttabladefläche gegenüber Penny, aber sollten doch in der Rangordnung hinter den Kindern stehen. Wenn man die Kinder sinnvoll beschäftigen kann, spart man zudem an späteren teuren sozialen Eingliederungsmaßnahmen.	Der Generationenspielplatz Siegbogen, Erich-Kästner-Straße wurde am 13.09.2012 eröffnet und ist für alle Altersgruppen gedacht. Im Oktober 2012 wird der Spielplatz Astrid-Lindgren-Straße, zurzeit steht er kurz vor der Fertigstellung, eröffnet und ist speziell für die Zielgruppe der über 12-Jährigen ausgerichtet. Das Kunstwerk auf dem Warther Kreisel wurde aufgestellt und finanziert von einem örtlichen Steinmetz und hat die Stadt kein Geld gekostet. Mit der „Schuttabladefläche gegenüber Penny“ könnte der so genannte „Eidechsenplatz“ gemeint sein, ein Ersatzlebensraum für Zauneidechsen, die aufgrund der Neugestaltung der Ladestraße dort keinen Lebensraum mehr finden. Es handelt sich also nicht um Kunst. Der städtische Haushalt sieht keine Ausgabeposition für den Erwerb von Kunstwerken vor, insofern kann hieran nicht gespart werden.
14	Sparvorschlag: alles was mit „kunst“ zu tun hat! Begründung: kunst liegt im auge des betrachters; was wenige als kunst sehen, gilt in den augen der meisten bürger als müll, verschwendung usw.	In Artikel 18 Abs. 1 der Landesverfassung NRW heißt es: „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.“ Die Förderung von Kunst ist also ein Verfassungsauftrag. Die Auseinandersetzung mit Kunst ist im Übrigen auch Teil der Lehrpläne aller Schulen. Kunst ist integraler Bestandteil der menschlichen Kultur, unabhängig davon, ob einem einzelne Kunstwerke gefallen oder nicht. Der städtische Haushalt sieht im Übrigen keine Ausgabeposition für den Erwerb von Kunstwerken vor. Die Kosten für Kunstausstellungen im Rathaus bzw. die Kunstpunkte, an denen sich Hennef seit 2012 beteiligt, belaufen sich auf maximal 10.000 Euro pro Jahr. Das entspricht in etwa 0,0143 Prozent des städtischen Haushaltes. 2012 wurden außerdem 7.000 Euro dieser Ausgaben durch Fördermittel des Landschaftsverbandes Rheinland gedeckt.
15	Sparvorschlag: Einsparung beim Postversand von Abwasser-, Grundbesitzabgaben- und Hundesteuerbescheide. Begründung: Die oben genannten Bescheide kann man vorher mit einem EDV-Programm sammeln und sortieren nach Anschriften. Der Empfänger erhält dann nur einen Brief, anstelle von drei Briefen.	Beim Versand der Jahressteuerbescheide werden diese bereits mit einem EDV-Verfahren vorsortiert, entsprechend kuvertiert und zusammen verschickt. Dies betrifft die Grundsteuer A, die Grundsteuer B, die Hundesteuer, die Vergnügungssteuer, die Zweitwohnungssteuer, die Gewerbesteuer sowie die Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren. Entscheidendes Kriterium für die Sortierung ist, dass die einzelnen Steuerobjekte unter demselben Steuerzeichen geführt werden. Aus rechtlichen Gründen ist ein Versand der Abgabenbescheide zu Beginn des Veranlagungsjahres, das dem Kalenderjahr entspricht, erforderlich. Ein gleichzeitiger Versand dieser Abgabenbescheide mit den Abwassergebührenbescheiden ist zurzeit nicht möglich, insbesondere da die Datengrundlagen nicht zeitgleich zur Verfügung stehen. Auf Wunsch des Amtes für Natur- und Landschaftsschutz für den Rhein-Sieg-Kreis wurde im Jahr 2012 den Hundesteuerbescheiden ein Informationsblatt „Hunde im Naturschutzgebiet“ maschinell beigelegt. Dadurch wurde ausnahmsweise ein separater Versand der Hundesteuerbescheide erforderlich.

16	Ausgabevorschlag: Bürger Melden online -aktuelle Sachstände der Meldungen im Internet darstellen. Begründung: Aktuelle Sachstände der Meldungen im Internet darstellen. Dies vermeidet doppelte Meldungen, erhöht die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Vermeidet Mehrfacharbeiten innerhalb der Verwaltung. Außerdem können sich die Bürgerinnen und Bürger auf bereits vorhandene Meldungen beziehen.	Die aktuellen Sachstände zu einzelnen Meldungen im Internet einzupflegen würde mehr Arbeitskraft und Zeit binden, als die sehr wenigen doppelten Meldungen zu bearbeiten. Aus Datenschutzgründen müssten zusätzlich vorher alle Meldungen gesichtet und aussortiert werden, damit Meldungen z. B. über Falschparken, Beschwerden über Personen, usw. nicht veröffentlicht werden.
17	Ausgabevorschlag: Anschluss der Stadt Hennef an die Behördennummer 115. Begründung: Verbesserung der Qualität und Quantität der telefonischen Erreichbarkeit. Eventuell sogar Einsparungen im Bereich der Personalkosten. Ansonsten kann das vorhandene Personal in anderen Bereichen eingesetzt werden	Die Bereitstellung bzw. der Anschluss an die Behördennummer 115 wurde bislang nicht vollzogen, da die Kosten mit Blick auf den Gewinn an Erreichbarkeit unverhältnismäßig hoch sind. Stattdessen wurde ein „Backoffice“ mit dem Telefondienst betraut. Dieses System hat sich bewährt und die Vermittlungskennntnisse vor Ort sind bereits vorhanden. Damit entfällt die regelmäßige Bereitstellung mit aktuellen Informationen über die städtische Organisation. Die Entwicklung des Projekts 115 wird weiter beobachtet. Würde bei intensiver Verbreitung das Kostenniveau sinken, wird die Stadtverwaltung eine Anbindung erneut prüfen.
18	Sparvorschlag: Auf dem Friedhof von Stadt Blankenberg werden ca. 75 % des neu angelegten Friedhofs nicht genutzt. Trotzdem wird dieser Teil voll gepflegt, obwohl dort niemand hingeht. Die Kapazitätsplanung für den Friedhof sollte überprüft werden und dann die Pflegemaßnahmen angepasst werden. Begründung: Auf dem neuen Teil des Friedhofs finden kaum noch Beerdigungen statt. Urnengräber und Friedwald-bestattungen nehmen stark zu. Es sollte überlegt werden, ob auf dem neuen Teil überhaupt noch Bestattungen sinnvoll sind.	Die in den 80-ern angelegte Friedhofserweiterungsfläche wird in diesem Umfang tatsächlich nicht mehr benötigt. Da jedoch bereits Grablegungen stattgefunden haben, kann sie bis auf weiteres auch nicht aufgegeben werden und ist mindestens bis 2034 als Friedhofsanlage aufrechtzuerhalten. Die laufende Pflege ist bereits auf ein Mindestmaß (Hecken- und Rasenschnitt) reduziert. Dem Aufwand einer Umgestaltung würden keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile bei der Unterhaltung gegenüberstehen.
19	Ausgabevorschlag: Errichtung eines Rundverkehrs Reutherstraße-Stoßdorfer Straße mit breiter Fahrbahn und kleiner Insel, da Busverkehr und LKW-Anlieferung Müllerland. Begründung: Der Betrieb und Wartung der bestehenden Ampelanlage dürfte teurer sein und der Verkehr ist flüssiger. Häufig „Rot“ obwohl kein Querverkehr, auch nachts. Ich habe den Weg seit über 20 Jahren zu meiner täglichen Arbeit genutzt!	Es handelt sich bei der Stoßdorfer Straße um die L 331. Straßenbaustraßen ist der Landesbetrieb Strassen NRW. Die Stadtbetriebe Hennef, Fachbereich Tiefbau werden die Anregung zum Umbau der Kreuzung Stoßdorfer Str. /Reuther Str. als Kreisverkehrsanlage an den Landesbetrieb weiterleiten.
20	Ausgabevorschlag: Tägliche Reinigung des Bahnhofbereiches, Treppen und Unterführung. Begründung: Für Reisende und Besucher per Bahn ist der Bahnhof der erste Eindruck der Stadt, und kann bei dem augenblicklichen Zustand nur negative Auswirkungen haben, ausserdem locken die diversen Essensreste Ungeziefer an. Einsparvorschlag: Teilnahme Büllesfeld an Dial4light	Der Bahnhofsbereich wird bereits täglich gereigt, im Bedarfsfall auch zwei Mal pro Tag. Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.
21	Sparvorschlag: Abschalten der Beleuchtung Fußweg zwischen Kapellenstr. und Im Futterstück. Begründung: Als Verbesserungsvorschlag würde ich die Beleuchtung des Weges komplet abschalten, da der Weg so gut wie nicht genutzt wird. In den Abendstunden benutzen vielleicht 10 Personen mit ihren Hunden den Weg als Hundeklo. Wir Anwohner brauchen die Beleuchtung nicht und man kann diese einsparen. Es wird viel Energie eingesetzt für die wenigen Nutzer dieses Weges. Absolute Verschwendung. Wenn eine komplette Abschaltung nicht geht so sollte man darber nachdenken, die Beleuchtung zwischen 23 und 5 Uhr abzustellen, denn in diesem Zeitraum wird der Weg nicht benutzt. Man kann doch einfach einmal eine Testphase einrichten.	Die Anregungen aus dem Bürgerhaushalt 2013 bezüglich Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (temporäres Abschalten der Beleuchtung) werden auf ihre Machbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit hin geprüft und mit den betroffenen Anliegern erörtert. Hieraus resultierende Ausgaben werden aus den laufenden Mitteln für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung entnommen. Mit ersten Einsparungen kann erst im Haushaltsjahr 2014 gerechnet werden.